

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zur Aktuellen Stunde der Fraktion der CDU zum Thema "Für eine starke gemeinsame Region Berlin-Brandenburg - Defizite in der Zusammenarbeit überwinden! (Drucksache 5/1475)

Brandenburg und Berlin - gemeinsam im Interesse der Menschen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg erklärt:

Vor 14 Jahren, im Mai 1996 haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger sich mit großer Mehrheit gegen den Neugliederungs-Staatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg und damit gegen eine Fusion beider Länder im Jahre 1999 oder im Jahr 2002 entschieden. Dieses Votum hatte die Politik zu respektieren.

Seitdem arbeiten beide Länder auf der Grundlage ihrer Landesverfassungen zusammen. Im Laufe der Jahre ist die Zusammenarbeit immer enger geworden. Ausdruck dafür sind:

- zahlreiche gemeinsame Einrichtungen (z.B. der Rundfunk Berlin Brandenburg, die gemeinsame Landesplanungsabteilung, die gemeinsamen Obergerichte, das gemeinsame Landeslabor),
- die Wahrnehmung von Aufgaben eines Landes durch das andere (z.B. im Bereich der Landwirtschaft und des Bergrechts),
- abgestimmte Verfahren zwischen beiden Ländern für den Fall der Nutzung von Einrichtungen eines Landes durch Bürger des anderen Landes (z.B. von Kindertagesstätten und Schulen) und
- die gemeinsame Errichtung des Flughafens Berlin Brandenburg (Willy-Brandt-Flughafen).

Über 20 Staatsverträge und rd. 100 Verwaltungsvereinbarungen dokumentieren eine Dichte der Zusammenarbeit, wie es sie sonst zwischen Bundesländern in der Bundesrepublik nicht gibt.

Dies und der Wille, die Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher Grundlage zu gestalten, schließen jedoch unterschiedliche Interessen und Auffassungen, zuweilen auch handfeste Konflikte nicht aus. Auch das gehört zu Normalität. Wichtig ist, dass Lösungen für auftretende Probleme gemeinsam und unter Berücksichtigung der Interessen beider Seiten gefunden werden.

2. Der Landtag Brandenburg spricht sich vor diesem Hintergrund dafür aus, dass Berlin und Brandenburg ihre Beziehungen auch in Zukunft auf partnerschaftlicher Grundlage zum gegenseitigen Nutzen gestalten. Die gewachsenen Kooperationen zwischen beiden Ländern sollten vertieft werden, wo immer dies zu Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger führt. Die Attraktivität der Region - sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Ansiedlungen – soll weiter steigen.

In einer Zeit, in der die Regionen in Europa immer mehr an Bedeutung gewinnen, kann eine Antwort auf die Zukunftsfragen beider Länder in einer gemeinsamen Region Berlin-Brandenburg liegen. Bei ihrer weiteren Gestaltung sollten beide Länder die Erfahrungen aus knapp 20 Jahren Zusammenarbeit und Konkurrenz sorgfältig berücksichtigen. Brandenburgs regionale Vielfalt sollte ebenso zum Tragen gebracht werden wie die besonderen Potenziale, die Berlin für die Entwicklung der Gesamtregion besitzt.

Gemeinsam sollten sich Brandenburg und Berlin den wirklich existenziellen Herausforderungen stellen, die sich für die gesamte Region aus dem Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb ergeben. Es geht um die Schaffung einer integrierten Bildungslandschaft und Infrastruktur und um eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Wasserversorgung, Klimaschutz und Wirtschaftsförderung.

Der Landtag setzt deshalb auf einen Neubeginn der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Berlin-Brandenburg, und zwar unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und Brandenburg. Nur von unten kann das Vertrauen aufgebaut werden, auf dem sich eine gemeinsame Region erfolgreich entwickelt und später auch der Weg zu einer Fusion bereitet werden kann. Diskussionen über den nächstmöglichen Fusionstermin sind dabei entbehrlich!

3. Der Landtag ersucht die Landesregierung, in den Jahren 2010/211 folgende Kooperationsprojekte zwischen Berlin und Brandenburg vorrangig zu befördern:

- die Stärkung des ÖPNV und des SPNV und der gemeinsame Einsatz gegen die Pläne der Deutschen Bahn, überregionale Angebote einzuschränken;
- die Stärkung der Zusammenarbeit der Akteure in Gesundheitsforschung und -wissenschaft, Gesundheitswirtschaft, Gesundheitsversorgung und Wirtschaftsförderung auf der Grundlage des Masterplans Gesundheitswirtschaft;
- die Erarbeitung gemeinsamer Positionen von Berlin und Brandenburg sowie der Partner in der Republik Polen für die Bereiche grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur und Wissenschaft / Innovation im Rahmen des Netzwerkes "Oderpartnerschaft" sowie für die neue Förderperiode der Europäischen Union ab 2014;
- im Bereich des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) als Instrument zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensqualität in den Kommunen und Regionen;
- die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Rahmen der ARD mit dem Ziel, die Einnahmesituation des Rundfunk Berlin-Brandenburg zu stabilisieren;
- die Schaffung von Regelungen, die es Asylbewerbern erlaubt, sich ohne größere bürokratische Hindernisse in beiden Ländern frei zu bewegen;
- die Vorlage gemeinsamer Grundsätze zur Ausgestaltung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung.

Die Landesregierung sollte sich zudem zusammen mit dem Senat von Berlin auf Bundesebene für folgende Ziele einsetzen:

- die Verstetigung und Ausweitung des ÖBS in Verbindung mit der Schaffung von Möglichkeiten, passive Leistungen zu aktivieren und damit Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren;
- die Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene;

- die Fortsetzung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gemäß dem Anspruch, den das Grundgesetz formuliert.

4. Der Landtag bittet seine Ausschüsse, den unter Ziffer 3 genannten Themen im Rahmen der gemeinsamen Sitzungen mit den Partnerausschüssen des Berliner Abgeordnetenhauses besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Dr. Dietmar Woidke
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE LINKE